

*Notiz des Chefs des Finanz- und Wirtschaftsdiensts
des Politischen Departements, P. A. Nussbaumer¹*

ABKLÄRUNG DER MÖGLICHKEIT PRAGMATISCHER LÖSUNGEN MIT DER EWG²

Streng vertraulich

Bern, 19. Mai 1969

Unter dem Vorsitz von Botschafter Jolles und im Beisein der Botschafter Micheli, Weitnauer und Wurth war diese Frage heute Gegenstand einer Besprechung, an der auch die Oberzolldirektion, die Abteilung für Landwirtschaft, das Integrationsbüro, der Vorort und der Bauernverband vertreten waren.

Übereinstimmend war man der Meinung,

- die «grosse Lösung» (Erweiterung der EWG durch Beitritte oder europäische Assoziationen, eventuell Bildung einer gesamteuropäischen Freihandelszone) liege noch in weiter Ferne und
- auch der Realisierung von «Zwischenlösungen»³ (Handelsarrangements usw.) stünden immer noch grosse Schwierigkeiten entgegen,

1. *Notiz*: E2001E#1980/83#763* (C.41.770.0). *Kopie an W. Spühler, P. Micheli, E. Thalmann, E. Diez, M. Gelzer, H. Miesch und A. Natural.*

2. *Für einen Überblick über die verschiedenen Optionen der Schweiz vgl. die Notiz von R. Bindschedler vom 21. Juni 1967, dodis.ch/33597; die Notiz von A. Weinauer vom 15. Januar 1968, dodis.ch/33600; die Notiz des Integrationsbüros von Mitte April 1968, dodis.ch/30865; das Protokoll der gemeinsamen Sitzung vom 10. Februar 1969 der Aussenpolitischen Kommission und der Kommission für Aussenwirtschaft des Nationalrats vom 28. Februar 1969, dodis.ch/33870 und die Notiz von M. Feller vom 2. September 1969, dodis.ch/33236.*

3. *Vgl. dazu Dok. 81, dodis.ch/32905, Anm. 16; die Notiz von J. Iselin vom Januar 1968, dodis.ch/33844; das Referat von J. Iselin vom 30. April 1968, dodis.ch/30866; das Schreiben von H. Schaffner an J. M. Luns vom 15. Mai 1968, dodis.ch/33005; die Notiz über die Beamtenbesprechung Schweiz/Österreich über Integrationsfragen 27./28. Juni 1968 in Bern vom 2. Juli*



– weshalb die Schweiz weiterhin in *bilateralen Kontakten* mit der EWG Lösungen für *konkrete Einzelprobleme*⁴ suchen müsse.

Solche Probleme stellen sich z. B. bei Geweben, Werkzeugmaschinen, Schiffsmotoren, der Chemie, den Uhren, der Landwirtschaft usw.

Botschafter Weitnauer wurde ermächtigt, in engem Kontakt mit der schweizerischen Wirtschaft bei der EG-Kommission *Sondierungen* mit dem vorläufigen Ziel aufzunehmen, einen *Katalog* der hängigen bilateralen Probleme aufzustellen. Dabei ist folgendes zu beachten:

1. Es kommen nur Lösungen nach dem Meistbegünstigungsprinzip, also keine präferenziellen Abmachungen in Frage; immerhin müsste das Hauptgewicht auf spezifisch die Schweiz und die EWG berührende – nachbarliche – d. h. Dritte nur wenig interessierende Probleme gelegt werden. Die «grosse Lösung» oder «präferenzielle Zwischenlösungen» müssten vorbehalten bleiben; der pragmatische «approach» ist kein Ersatz für spätere «grössere» Lösungen.

2. Durch Sondierungen kann, auch wenn sie ohne konkrete Resultate bleiben, wertvolle Vorarbeit im Hinblick auf «grössere» Lösungen geleistet werden. Zudem sind wir zurzeit in der Lage, in aller Ruhe zu diskutieren, da wir von Seiten der Wirtschaft nicht unter Druck stehen.

3. Die EFTA-Partner brauchen wir nicht zu begrüßen. Unsere EFTA-Verpflichtungen stehen einem Abkommen auf Meistbegünstigungsbasis nicht im Wege (siehe auch die Haltung Österreichs, Nordek usw.).

4. Sehr heikel ist die Sache im Verhältnis zur EWG. In einem Moment, da die Erweiterungsfrage noch offen ist, wird die EWG alles vermeiden, was ihre Haltung präjudizieren könnte. Unsere Demarchen dürfen also keinesfalls den Anschein erwecken, als wolle die Schweiz auf Umwegen ein Sonderabkommen schliessen und damit «wieder einmal die Rosinen aus dem Kuchen picken».

5. Die Demarchen von Herrn Weitnauer müssen sich also auf Sondierungen bei der EG-Kommission beschränken. Kontakte in den EWG-Hauptstädten sind zu unterlassen. Die Frage einer Weiterführung der Sondierungen und ob hierfür gegebenenfalls ein Mandat des EG-Ministerrates anzustreben ist, wird später im Lichte der weiteren Entwicklungen zu prüfen sein. In diesem Moment wird sich auch das Problem der schweizerischen Gegenleistungen stellen; wir dürfen im Hinblick auf spätere, «grössere» Lösungen nicht die ganze Verhandlungsmunition verschiessen.

Botschafter Weitnauer ist auf Grund der bisher in Brüssel und in anderen EWG-Hauptstädten gewonnenen Eindrücke⁵ der Meinung, dass die Aussichten, auf dem Weg pragmatischer Lösungen weiter zu kommen, gut sind.

1968, dodis.ch/33815; das Protokoll der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 4. Juli 1968, dodis.ch/33310; das Referat von H. Schaffner vor den Aussenpolitischen Kommissionen des National- und Ständerats vom Februar 1969, dodis.ch/33872; die Notiz von P. R. Jolles vom 7. Juli 1969, dodis.ch/33840 und die Motion Furgler. Verhältnis der Schweiz zu den europäischen Gemeinschaften vom 9. Dezember 1969, Sten. Bull. NR, 1968, S. 634–640.

4. Vgl. dazu die Notiz Inventar möglicher Verhandlungsgegenstände Schweiz/EWG vom 5. März 1968, dodis.ch/33601 sowie die Notiz von P. R. Jolles vom 1. Juli 1969, dodis.ch/33867.

5. Zum Besuch von A. Weitnauer in Köln vgl. das Schreiben von M. Troendle an P. Micheli vom 19. Dezember 1968, dodis.ch/33256.